

VORRANG FÜR NATUR STATT PESTIZIDE!

Imker, Bauern und Naturschützer protestieren gegen Initiative des EU Abgeordneten Albert Deß, der sich für die Verlängerung einer Erlaubnis zur Giftausbringung auf ökologischen Vorrangflächen einsetzt

Am 12. Juni entscheidet das EU Parlament über den Vorschlag eines delegierten Rechtsakts der EU Kommission, bei der es um Details der Ausgestaltung landwirtschaftlicher Fördermaßnahmen, insbesondere auch des „Greenings“ geht. Greening heißt, dass 30 Prozent der Direktzahlungsprämie von derzeit ca. 270 €, die Landwirte pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche von der EU erhalten, an die Einhaltung von Maßnahmen mit dem Vorrang für die Umwelt gebunden sind. Dazu gehört auch die Verpflichtung von größeren Ackerbaubetrieben, fünf Prozent ihrer Felder als ökologische Vorrangfläche auszuweisen.

Streit entzündet sich insbesondere am Vorschlag von EU Agrarkommissar Phil Hogan, die derzeit auf einem Teil dieser Flächen noch erlaubte - und von Umweltverbänden und Imkern massiv kritisierte - Ausbringung von Pestiziden zu verbieten. Damit soll die gemeinsame Agrarpolitik besser am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Doch der CSU EU Parlamentarier aus dem Wahlkreis Neumarkt, Albert Deß, der Vorsitzender des Agrarausschusses im EU Parlament ist, möchte dies noch verhindern.

„Auf 95 Prozent der Ackerflächen bleibt der Einsatz von Pestiziden ja weiterhin möglich. Ist das für Herrn Deß und seine Klientel nicht genug?“, so Walter Haefeker, Präsident der europäischen Berufsimker, und weiter: „Wir unterstützen den Vorschlag der Kommission, denn die Bienen und andere wichtige Bestäuber leiden schon heute massiv unter dem unvermindert hohen Pestizideinsatz in der Landwirtschaft“.

Richard Mergner, BN Landesbeauftragter, kritisiert: „Die Bemühungen von Albert Deß sind eine rückwärtsgewandte Lobbyarbeit für die Interessen der Chemielobby. Um dem Artenverlust in der Landwirtschaft entgegenzuwirken, ist ein Pestizid-Verbot auf den speziell für Natur- und Umweltschutz vorgesehenen Flächen absolut notwendig und ein wichtiges Signal, um den weiteren alarmierenden Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Wir halten es für ein

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

08. Juni 2017

PM 058-17/LFG

Landwirtschaft

fatales Signal, wenn sich auch der bayerische Bauernverband und sein Präsident Walter Heidl für den Glyphosateinsatz bei Eiweißpflanzen auf den ökologischen Vorrangflächen einsetzt.

Veröffentlichungen des Bundesamtes für Naturschutz weisen immer wieder darauf hin, dass intensive Landwirtschaft und der Flächenverbrauch für Siedlungszwecke Hauptursachen für den Rückgang von Vögeln der Agrarlandschaft, wie Feldlerche, Rebhuhn oder Kiebitz sind. So hat sich die Anzahl der Feldvögel in der Europäischen Union in den letzten 30 Jahren halbiert. Das Vorhandensein von Vögeln ist ein wichtiger Indikator für den Zustand von Ökosystemen. Fehlen sie, ist der Lebensraum nicht mehr intakt.

http://www.bfn.de/0401_pm.html?tx_ttnews%5Btt_news%5D=4274

Ackerbohnen-/Sojabohnenanbau ohne Pestizide voranbringen

Die Argumentation von Albert Deß, um den Pestizideinsatz zu verteidigen, fußt auf der Behauptung, dass dann wieder mehr Eiweißfutter importiert werden müsse und dies mit einer hohen Umweltbelastung verbunden wäre. Nach Auffassung des BUND Naturschutz sollte auf Flächen, die vorrangig der Natur dienen, Hecken und Randstreifen, Blühflächen und Stilllegungsflächen Vorrang haben.

Durch die Möglichkeit, jetzt auf ökologischen Vorrangflächen ganz konventionell Ackerbohnen, Erbsen oder Sojabohnen mit chemischer Beikrautregulierung anzubauen, hat sich der Anbau einheimischen Eiweißfutters auch in Bayern ausgedehnt.

„Statt den Pestizideinsatz auf ökologischen Vorrangflächen zu verteidigen, hätte sich Albert Deß längst für den Ausbau mechanischer Verfahren zur Beikrautregulierung einsetzen können“, so Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin. „Verfahren zur mechanischen Beikrautregulierung bei Körnerleguminosen sind für den ökologischen Landbau längst entwickelt, und müssten im Rahmen einer Ausstiegsstrategie aus dem Herbizideinsatz in der Ausbildung und Beratung und bei den Maschinenringen jetzt rasch in der Praxis verankert werden. Leider drängt sich der Verdacht auf, dass es Herrn Deß gar nicht um die Umwelt geht, sondern er weiterhin die Interessen einer chemieorientierten Landwirtschaft mit wenig Rücksicht auf Natur und Umwelt vertritt“, so Ruppenner.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

08. Juni 2017

PM 058-17/LFG

Landwirtschaft

Der BN hatte sich im Vorfeld der Ausgestaltung des Greenings für den Vorschlag der EU Kommission eingesetzt, einen Mindestanteil von stickstoffbindenden Pflanzen im Rahmen der Fruchtfolgeregelung vorzusehen. Doch dies war am Widerstand von Landwirte-Organisationen gescheitert.

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Referentin für Landwirtschaft,
Tel. 0911/81 87 8-20,
E-Mail: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Die Stellungnahme des BUND Naturschutz zur Ausgestaltung des Greenings aus 2014 finden Sie unter dem Titel:

BN Aktuell EU-Agrarreform 2015 – 2020 unter

<https://www.bund-naturschutz.de/landwirtschaft/agrarpolitik/veroeffentlichungen.html>

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

ifg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

08. Juni 2017

PM 058-17/LFG

Landwirtschaft